

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 21. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 26. Januar 2017

1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)**

Fachkräftegipfel: Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2.0

Zur Sicherung einer hochwertigen medizinischen und pflegerischen Versorgung braucht es eine ausreichende Zahl gut ausgebildeter Fachkräfte in den Gesundheitsfachberufen. Deshalb hat Rheinland-Pfalz bereits 2002 ein Branchenmonitoring für den Bereich der Pflegeberufe eingeführt, um den zukünftigen Fachkräftebedarf einschätzen und decken zu können. Dieser Weg wird seitdem konsequent fortgeführt. Ganz aktuell hat die Landesregierung einen „Fachkräftegipfel Pflege“ am 20. Januar 2017 in Mainz unter Teilnahme von Spitzenvertreterinnen und -vertretern des Gesundheitswesens und der Pflege als Startschuss für die „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2.0“ durchgeführt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was hat die Landesregierung bereits in den vergangenen Jahren unternommen, um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken?
2. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit der nun angekündigten „Fachkräfteinitiative 2.0“ und welche Handlungsfelder sollen konkret in den Blick genommen werden?
3. Mit welchen Partnerinnen und Partnern arbeitet die Landesregierung dabei konkret zusammen?

2. Abgeordnete

**Matthias Lammert und
Dirk Herber (CDU)**

Dienstzeitverlängerung bei der Polizei

Nach Informationen aus der Presse hat das Innenministerium am 23. Dezember 2016 per E-Mail den Polizeipräsidien mitgeteilt, dass mit sofortiger Wirkung keine weiteren Anträge auf Hinausschieben des Ruhestandsbeginns für die Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und -einrichtungen gemäß § 38 Landesbeamtengesetz mehr genehmigt werden würden. Auch die Bewilligung bereits im Mitbestimmungsverfahren befindlicher Genehmigungen werde ausgesetzt.

Nach Aussagen des Innenministers soll entgegen der Aussage in der betreffenden E-Mail auch weiterhin Raum für Einzelfallbewilligungen bleiben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die Landesregierung alleine im Jahr 2016 über 200 Anträge auf Verlängerung der Dienstzeit genehmigt hatte, um vorhandene Personalmissstände bei der Polizei auszugleichen?
2. Ist es nach Auffassung der Landesregierung ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Beamtinnen und Beamten im Polizeidienst, einen Tag vor Heiligabend mitzuteilen, dass Anträge auf Dienstzeitverlängerung nicht mehr genehmigt werden können?
3. Wie bewertet die Landesregierung ihre Entscheidung vor dem Hintergrund, dass sie in den vergangenen beiden Jahren das deutliche Zeichen in die Polizeibeamtenschaft ausgesendet hatte, dass Dienstzeitverlängerungen unbedingt erwünscht und zur Abfederung weiterer massiver Abgänge bei der Polizei dringend notwendig seien?
4. Ist es nach Aussagen des Innenministers somit nach wie vor möglich, dass Anträge auf Dienstzeitverlängerung über die bereits im Doppelhaushalt vorgesehenen 70 Verlängerungen positiv beschieden werden können?

**3. Abgeordneter
Martin Louis
Schmidt (AfD)**

Schulnoten

Dieser Tage steht auch an den rheinland-pfälzischen Schulen die Ausgabe der Halbjahreszeugnisse unmittelbar bevor. Aus diesem Anlass erfährt das immer wieder diskutierte Thema der Ausgestaltung von Schulzeugnissen und die Art und Weise von Notengebungen neuerliche Aufmerksamkeit.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Erwägt die Landesregierung, die von allen Seiten – zahlreichen Lehrern, Eltern und nicht zuletzt den Schülern selbst – kritisierte Vorgabe reiner Wortzeugnisse am Ende der ersten beiden Grundschulklassen kurz- oder längerfristig abzuschaffen und bereits ab Klasse 1 wieder mit den herkömmlichen Noten zu arbeiten?
2. Wie steht die Landesregierung zu der weit verbreiteten Ansicht, solche für die Lehrer extrem arbeitsaufwändigen Wortzeugnisse böten für die Schüler wie für ihre Eltern keine klare Orientierung, zumal es sich häufig nur um variabel zusammengefügte standardisierte Textbausteine handelt, die es (da gar nicht leistbar!) an einer tiefgehenden individuellen Bewertung fehlen lassen und im Landesmaßstab die notwendige Einheitlichkeit und damit schulübergreifende Vergleichbarkeit fehlt?
3. Wie wird die Vergabe tendenziell verklausulierter Wortzeugnisse aus sozialer Sicht gesehen, bereitet deren Entschlüsselung doch gerade nicht-akademischen Bevölkerungsschichten Schwierigkeiten und leistet nicht selten Fehlinterpretationen Vorschub?
4. Wie bewertet die Landesregierung die in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit verstärkt hinterfragte „Inflation“ allzu guter und damit immer weniger aussagekräftiger Schulnoten von der Grundschule an bis zum Abitur?

**4. Abgeordnete
Helga Lerch und
Marco Weber (FDP)**

Kompetenzanalyse „Profil AC“

Mit Beginn des Jahres 2017 wird die Kompetenzanalyse „Profil AC“ in zunehmendem Maße an den Schulen in Rheinland-Pfalz implementiert. Die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ist im Schulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz explizit festgeschrieben. Mit der Kompetenzanalyse „Profil AC“ geht das Land einen neuen Weg und erweitert damit die im Schulgesetz verankerte Förderaufgabe.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Seit 2016 haben rund 70 Schulen in Rheinland-Pfalz die sogenannte Kompetenzanalyse „Profil AC“ praktiziert. Warum hat sich Rheinland-Pfalz für die Umsetzung dieses Verfahrens entschlossen?
2. Welche Testverfahren beinhaltet diese Kompetenzanalyse?
3. Liegen bereits Rückmeldungen aus den Schulen vor
 - bezüglich der Akzeptanz durch die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern?
 - bezüglich der Akzeptanz durch die Lehrerinnen und Lehrer, die hinsichtlich Betreuung und Organisation umfangreich eingebunden sind?
4. Wie werden die datenschutzrechtlichen Auflagen bezüglich der Archivierung der Ergebnisunterlagen kontrolliert?

5. Abgeordnete**Jutta Blatzheim-Roegler
und Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Mehr Tierschutz durch eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung bei Lebensmitteln**

Von Tier- und Verbraucherschützern aber auch von der Wissenschaft und Teilen des Handels und der Branche wird seit Längerem die Einführung eines staatlichen Labels zur Kennzeichnung der Tierhaltung auf tierischen Erzeugnissen gefordert. Ziel ist eine Stärkung tiergerecht erzeugter Produkte am Markt und damit eine Unterstützung der artgerechten Tierhaltung. Dies war auch Thema einer Veranstaltung am 11. Januar 2017 im rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten.

Bundesminister Schmidt hat nun im Rahmen der Grünen Woche ein Konzept für ein staatliches Tierwohllabel vorgestellt. Die Landesregierung fordert im Sinne des Tierschutzes seit Langem die Einführung einer verbindlichen Tierhaltungskennzeichnung auf allen tierischen Erzeugnissen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen auf die aktuelle Situation bezüglich der Haltung von Legehennen und die Vermarktung von Eiern hatte die Einführung der verpflichtenden Kennzeichnung für Schaleneier?
2. Wie sieht die Landesregierung die Auswirkungen des Vorgehens der Bundesregierung und des von Bundesminister Schmidt im Rahmen der Grünen Woche vorgestellten Konzepts zu Einführung eines staatlichen Tierwohllabels auf Rheinland-Pfalz?
3. Welche Auswirkungen sind durch die Einführung einer Tierhaltungskennzeichnung für den Tierschutz zu erwarten?
4. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für tierische Produkte in Deutschland EU-rechtskonform eingeführt werden kann?

6. Abgeordnete**Adolf Kessel und
Matthias Lammert (CDU)****Neubewertung von DITIB als möglicher Kooperationspartner des Landes**

Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen Spionageverdachts beim bundesweiten Dachverband DITIB. Von dort sollen Informationen über Anhänger des Predigers Gülen nach Ankara weitergereicht worden sein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung hinsichtlich des Spionageverdachts gegenüber DITIB in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Auswirkungen haben diese Ermittlungen für den weiteren Verlauf des Prüfverfahrens hinsichtlich einer möglichen Kooperation des Landes mit DITIB?
3. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung in Rheinland-Pfalz, da offensichtlich auch durch rheinland-pfälzische DITIB-Organisationen Gülen-Anhänger für den türkischen Staat ausspioniert wurden?
4. Wie geht die Landesregierung mit der Äußerung von Prof. Muckel gegenüber dem Deutschlandfunk um, dass eine eindeutige Abhängigkeit von DITIB gegenüber dem türkischen Staat vorliege, die er in seinem Gutachten für das Land Rheinland-Pfalz noch als deutlich abgeschwächter und unbedenklicher umschrieb?

7. Abgeordnete**Giorgina Kazungu-Haß
und Manfred Geis (SPD)****Kultursommer 2017 – Epochen und Episoden**

Der Kultursommer Rheinland-Pfalz 2017 steht unter dem Motto „Epochen und Episoden“; der Antragsschluss war im Oktober 2016. Auf der Homepage des Kultursommers sind schon Veranstaltungen angekündigt und für einige kostenpflichtige Angebote ist der Vorverkauf seit Ende des vergangenen Jahres gestartet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was sind die Highlights der Kultursommereröffnung in Bad Kreuznach/Bad Münster am Stein-Eberburg vom 5. bis 7. Mai 2017?
2. Wie viele Projekte werden mithilfe des Kultursommers realisiert?
3. Welches Angebot bietet das Kinder- und Jugendtheaterfestival „echt jetzt“ im Rahmen des Kultursommers Rheinland-Pfalz?
4. Welche generelle Zielsetzung wird mit dem Kultursommer Rheinland-Pfalz verfolgt?

**8. Abgeordneter
Joachim Paul (AfD)****Syrien-Ausreiser: Radikalisierung in Moscheen (Erkenntnisse im Rahmen der Innenministerkonferenz)**

Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz legten am 4. Oktober 2016 eine Analyse der Radikalisierungshintergründe von Personen vor, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind. Diese Analyse war Gegenstand der Innenministerkonferenz vom 29. November 2016. Bei der Erhebung zu den Gründen der Radikalisierung wurde insbesondere festgestellt, dass eine Radikalisierung zu 57 Prozent (615 Personen) durch Kontakte zu Moscheen bzw. Besuch in Moscheen stattgefunden hatte (Quelle: http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2016-11-29_30/beschluesse.pdf?_blob=publicationFile&v=3). Es heißt dort: „Kontakte zu einschlägigen Moscheen“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was ist über den Ablauf der oben genannten stattfindenden Radikalisierungsprozesse bekannt?
2. Welche Maßnahmen, um die dort stattfindenden Radikalisierungsprozesse zu erschweren bzw. zu unterbinden, wurden auf der Innenministerkonferenz diskutiert?
3. Sind bislang Moscheen als Orte der Radikalisierung aufgefallen, die der DITIB zuzuordnen sind (Rheinland-Pfalz bzw. Bundesgebiet)?
4. Wenn ja: welche?

**9. Abgeordnete
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)****Fristgerechte Auszahlung der Flächenbeihilfe aus der ersten Säule**

Die Landwirtschaft hat ein schwieriges Jahr hinter sich. 2016 war geprägt von widrigen Bedingungen. Überschwemmungen, Starkregen und daraus resultierender Krankheitsdruck erschwerte die Ernte bei den Futterbaubetrieben und erhöhte den Aufwand im Ackerbau. Dazu kamen niedrige Erzeugerpreise, die alle Bereiche der Landwirtschaft trafen aber vor allem den Milchviehaltern stark zusetzten.

In dieser schwierigen Lage wurden die Landwirtinnen und Landwirte in Rheinland-Pfalz im Dezember des vergangenen Jahres durch die fristgerechte Auszahlung der Direktzahlungen aus Mitteln der Europäischen Union entlastet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In welcher Höhe wurden im Jahr 2016 an Landwirtinnen und Landwirte in Rheinland-Pfalz Direktzahlungen ausgezahlt?
2. In welcher Höhe wurden im genannten Zeitraum diese Mittel an Junglandwirtinnen und Junglandwirte in Rheinland-Pfalz ausgezahlt?
3. Wie hoch war in diesem Zeitraum die Anzahl an Junglandwirtinnen und Junglandwirten, an die die Flächenbeihilfe ausgezahlt wurde?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um den Beruf der Landwirtin und des Landwirts auch in Zukunft attraktiv zu halten bzw. in Zukunft noch attraktiver zu machen?

10. Abgeordnete

**Pia Schellhammer und
Dr. Bernhard Braun**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Pressefreiheit und freie Berichterstattung

Beim Kongress der ENF-Fraktion („Europa der Nationen und der Freiheit“) des Europäischen Parlaments am 21. Januar 2017 in Koblenz wurde vom Veranstalter zahlreichen Medien, darunter Mitgliedern der Landespressekonferenz, die Zulassung zur Berichterstattung ohne Angabe von Gründen verweigert. Außerdem sollten alle Journalistinnen und Journalisten auf dem Anmeldeformular einem Passus zustimmen, dass sie jederzeit auch von der laufenden Berichterstattung ausgeschlossen werden könnten. Der Vorsitzende der Landespressekonferenz wertete das als Eingriff in die freie Berichterstattung und hat im Namen seiner Organisation protestiert. Auch der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) hat das Vorgehen verurteilt. Die ARD hat sich rechtliche Schritte gegen den Ausschluss vorbehalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie sind die Pressefreiheit und die freie Berichterstattung durch das Grundgesetz, die Verfassung von Rheinland-Pfalz, europäisches Recht sowie Bundes- und Landesgesetze geschützt?
2. Inwiefern ist eine Fraktion des Europäischen Parlamentes auch an diese Rechtsvorschriften gebunden?
3. Inwiefern stellt der willkürliche Ausschluss bestimmter Medien und Journalistinnen und Journalisten aufgrund ihrer Berichterstattung ein Verstoß gegen eine dieser Rechtsvorschriften dar?
4. Wie bewertet die Landesregierung vor diesem Hintergrund den Umgang der ENF-Fraktion und der Organisatorinnen und Organisatoren des Kongresses in Koblenz mit Journalistinnen und Journalisten, die über diesen berichten wollten?

11. Abgeordnete

**Christian Baldauf und
Gabriele Wieland (CDU)**

Einsatz von Lang-Lkw in Rheinland-Pfalz

Nachdem Bundesverkehrsminister Dobrindt Anfang 2017 einen Teil des deutschen Autobahnnetzes dauerhaft für den Einsatz sogenannter Lang-Lkw freigegeben hat, teilte das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium mit, dass im Süden von Rheinland-Pfalz künftig vier Strecken von Lang-Lkw befahren werden dürfen. Die entsprechenden Genehmigungen wurden nur bestimmten Unternehmen für exakt festgelegte Routen erteilt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Haben weitere Unternehmen ihr Interesse an der Genehmigung für den Einsatz von Lang-Lkw angemeldet?
2. Wenn ja, welche Unternehmen waren das und aus welchen Gründen haben sie keine Genehmigung erhalten?
3. Wie schätzt die Landesregierung die weitere Entwicklung für den Einsatz von Lang-Lkw – auf dafür geeigneten Strecken – in ganz Rheinland-Pfalz ein? Ist es geplant, den Einsatz auch in weiteren Regionen von Rheinland-Pfalz zu ermöglichen?

12. Abgeordnete

**Andreas Rahm und
Barbara Schleicher-
Rothmund (SPD)**

Vogelgrippefälle in Wörth am Rhein

In einer Rassegeflügelzuchtanlage in Wörth am Rhein ist bei einigen Tieren das niedrig pathogene Virus H5N3 festgestellt worden. Die für die Seuchenbekämpfung zuständige Kreisverwaltung hatte am 9. Januar 2017 erklärt, dass alle Tiere gekeult werden müssten. Bei dem Tierbestand handelt es sich teilweise um sehr seltene und schützenswerte Rassen. Nach Darstellung des zuständigen Landrates wurde vonseiten des Umweltministeriums eine telefonische Weisung zur Tötung aller Tiere erteilt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann wurde das Ministerium über den Vogelgrippeverdacht informiert und welche Maßnahmen wurden von der Kreisverwaltung dabei vorgeschlagen?
2. Hat die Kreisverwaltung mittlerweile alle erforderlichen Unterlagen dem Ministerium zukommen lassen?
3. Was sind die Voraussetzungen zur Erteilung einer Weisung und welche Rechtsfolgen kann eine solche Weisung haben?

13. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)

Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln

Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Januar 2017 ist die SPD nun doch dazu bereit, das vom Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) betriebene Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln zu unterstützen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln auf die Situation der Apotheken in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen des aktuellen Urteils des Europäischen Gerichtshofes zur Preisbindung bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in diesem Zusammenhang?
3. Welche Haltung nimmt die Landesregierung zu den Plänen von Gesundheitsminister Hermann Gröhe zum Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln ein?

14. Abgeordnete
Jaqueline Rauschkolb und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)

Erfolgsgeschichte – Zehn Jahre Elterngeld

Am 1. Januar 2007 wurde vor zehn Jahren das Elterngeld eingeführt: Seitdem haben bundesweit acht Millionen Mütter und Väter diese Familienleistungen bezogen. Übereinstimmend sagen 82 Prozent der Bezieherinnen und Bezieher, dass das Elterngeld besonders wichtig für ihr Familieneinkommen ist. Mit dem ElterngeldPlus wurde im Jahr 2015 die Familienleistung modernisiert und damit genauer an die Wünsche und Befürfnisse junger Eltern angepasst. In Rheinland-Pfalz haben im dritten Quartal 42 325 Personen Elterngeld bezogen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Eltern haben in Rheinland-Pfalz das Elterngeld bezogen?
2. Wie viele Väter nutzen in Rheinland-Pfalz ihren Anspruch auf Elterngeld?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Veränderungen durch die Einführung des ElterngeldPlus vor?

15. Abgeordneter
Daniel Köbler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aktuelle Studie zu Wertvorstellungen von Flüchtlingen

Kürzlich wurde die Untersuchung „Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vorgestellt. Dabei wurden neben der Schul- und Ausbildung von Flüchtlingen auch deren Einstellungen zu Demokratie und Frauenrechten erhoben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie stark entsprechen die Vorstellungen zu Bürgerrechten der befragten Geflüchteten denen der deutschen Bürgerinnen und Bürger?
2. Wie ist die Meinung von Geflüchteten in Deutschland zum demokratischen System der Bundesrepublik im Vergleich zu derjenigen der deutschen Bevölkerung?
3. Inwieweit unterscheiden sich die Wertvorstellungen Geflüchteter von denen der deutschen Bevölkerung in Hinsicht auf Frauenrechte?
4. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den Studienergebnissen im Hinblick auf die Integration in Rheinland-Pfalz?